

Sitzung des Hochschulrats am 28. März 2014

- Der Hochschulratsvorsitzende informiert über den Diskussionsstand zum „Hochschulzukunftsgesetz“. Die gemeinsame Stellungnahme von Hochschulrat, Rektorat und Senat der UDE ist dem Ministerium mit Anhängen übermittelt worden. Ebenso das vereinbarte „Ampelpapier“ der Hochschulratsvorsitzenden NRW. Das Kabinett hat inzwischen einen Regierungsentwurf trotz Kritik des Koalitionspartners verabschiedet. Einige Punkte, wie die frühzeitige Offenlegung der Forschungsvorhaben bei Drittmitteln, aber auch der ministerielle Eingriff beim Promotionsrecht, wurden zugunsten der Universitäten korrigiert. Der Hochschulrat kann laut diesem Entwurf zur Hälfte weiter mit internen Mitgliedern besetzt werden. Der von den Universitäten gemeinschaftlich formulierte Hauptkritikpunkt, das Instrument der Rahmenvorgaben, ist weiterhin Kernbestand des Gesetzes. Nach wie vor kritisch gesehen wird die Besetzung der Gremien, die eine Systemveränderung bedeutet: Nicht mehr Qualifikation ist als entscheidendes Auswahlkriterium vorgegeben, sondern die Interessenvertretung.
- Der Hochschulrat nimmt den erstmals auf kaufmännischer Basis erstellten Wirtschaftsplan für 2014 zur Kenntnis. Das vorgelegte Berichtsformat gründet auf der Prognose einer Gewinn- und Verlustrechnung. Belastend erweist sich, dass gemäß Hochschulwirtschaftsführungsverordnung (HWFVO) zudem der kamerale Abschluss gefordert ist und Berichte entsprechend in unterschiedlichen Rechnungsführungssystemen erstellt werden müssen. Die geplante Einführung eines Liquiditätsverbundes im übernächsten Jahr könnte zusätzliche Probleme aufwerfen. Der Hochschulrat stimmt dem vorgelegten Wirtschaftsplan zu und bestärkt das Rektorat darin, die kaufmännische Wirtschaftsführung an der UDE weiter umzusetzen und seine Vorreiterrolle auch in diesem Punkt zu festigen. Der Hochschulrat weist dabei darauf hin, dass sich ministerielle Vorgaben und Leistungsfähigkeit nicht widersprechen sollten.
- Der Kanzler berichtet über weitere Planungen hinsichtlich der Finanzierungssicherung für das Zentrum für Brennstoffzellentechnik. Das Institut der UDE soll zukünftig als Mitglied der neu gegründeten Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft des Landes institutionell gefördert werden. Zur Überbrückung von Liquiditätseingängen aus Verzögerungen bei der Gründung und der Mittelbereitstellung durch das MIWF wurde kurzfristig ein Kontokorrentkredit durch die UDE gewährt.
- Der Kanzler berichtet zudem über den Stand der SAP-Einführung. Die Schwierigkeiten in der Anwendungsprogrammierung der SAP-Software verzögern weiterhin den Abschluss planmäßig vorgesehener Projektphasen.
- Die Prorektorin für Ressourcenplanung berichtet, dass die Zulassungsvoraussetzungen zur Beantragung der Systemakkreditierung durch UDE erfüllt sind und das Verfahren begonnen werden kann. Die abschließende Bewilligung würde der UDE ein leistungsfähiges Qualitätssicherungssystem bescheinigen, welches für eine gleichbleibend hohe Qualität ihrer Studiengänge Sorge.
- Der Hochschulrat nimmt den Bericht über den Stand der IT-Strategie der UDE entgegen. Positiv ist, dass das Rektorat und der Vorsitzende des IKM-Vorstands, Herr Bilo, die Planungen zur Entwicklung einer IT-Infrastruktur als verteiltes, kooperatives

Versorgungskonzept an der UDE voranbringen. Der Hochschulrat regt an, Kriterien und Prioritäten für die partizipierende Infrastruktur in den Fakultäten zu klären und auszuarbeiten.

- Der Hochschulrat nimmt den Bericht über die Duisburg-Essener Universitäts-Stiftung zur Kenntnis. Die Stiftung wurde 2007 als eine der ersten aus Mitteln der gesetzlich vereinnahmten Studienbeiträge gegründet und betätigt sich im Bereich der Verbesserung der Studien- und Lehrbedingungen. Studierende bestimmen mit darüber, wie ihnen Förderung aus der Stiftung zuteil wird.
- Der Hochschulrat verabschiedet seinen Tätigkeitbericht für das Jahr 2013.
- Im Rahmen seiner Gespräche mit verschiedenen Fakultäten der UDE wurde dem Hochschulrat über den aktuellen Status und die Perspektiven der Fakultät für Biologie berichtet.